

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 258.

Dienstag, den 3. November 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Naumann über Marx.

Friedrich Naumann, der trotz seiner Blockliebe und trotz mancher Seitensprünge zu den wenigen ernst zu nehmenden liberalen Politikern gehört, veröffentlichte vor kurzem in der „Neuen Rundschau“ einen auch von der „Hilfe“ abgedruckten Artikel „Das Schicksal des Marxismus“. Wir verichten an dieser Stelle darauf, die falschen Schlussfolgerungen Naumanns bezüglich der ökonomischen Entwicklung zurückzuweisen; wir nehmen daher von dem Artikel nur insoweit Notiz, als er den gewaltigen Einfluss schildert, den Karl Marx auf die deutschen Arbeiter und die Gestaltung der deutschen sozialistischen Bewegung ausgeübt hat. Naumann schreibt:

„Die deutsche Arbeiterbewegung hat das große und merkwürdige Glück gehabt, daß an ihren Anfängen starke und lebendige Geister mit hoher wissenschaftlicher Bildung gestanden haben. Wie arm ist die Chartistenbewegung, welche das Aufkommen der englischen Industrie vor reichlich 70 Jahren begleitete, gegenüber der deutschen Sozialdemokratie, wie sie vor 40 Jahren unter Mitwirkung von Lassalle, Marx und Engels entstand! In beiden Fällen suchte eine Arbeiterschaft, die sich aus dem Kleinhandwerk heraus in neue Industrieverhältnisse hineingeschoben fühlte, einen Ausdruck für ihren Groll und ihr Hoffen und eine Organisation für ihre Gemeinsamkeit, in beiden Fällen war das, was die Proletarier selbst hervorbringen konnten, eine Art politischer Stammes, voll von Erlebnis, aber dürftig und hilflos in seiner politischen Form. Ich habe eine ziemlich deutliche Erinnerung an die ergebnisreichen Weber und Strumpfwirker, unter denen in Deutschland die Sozialdemokraten die ersten größeren Erfolge errang. Diese Leute würden sich nichts von englischen Chartisten unterscheiden haben, wenn ihnen nicht das große und wunderbare Pathos Lassalles und die schwere, für sie fast religiöse Dialektik von Marx in die Ohren geklungen wäre. Und auch die Bergarbeiter von damals, die Berliner Maschinenbauer, die Hamburger Maurer und Tabakarbeiter, was wären sie gewesen ohne den Flügelschlag ihrer Denker? Von selbst hätten sie den reinen Sozialismus sicher nicht gefunden. Sie würden sich natürlich irgendein Programm zurechtgemacht haben, denn sie waren einmal von 1848 her in Bewegung und standen unter dem starken Atmosphärendruck der Gründungszeit des Deutschen Reiches. Man soll nicht denken, daß sie ohne Lassalle und Marx ganz harmlos und bescheiden jeder an seinem Webstuhl oder Schraubstock gestanden haben würden! Vielmehr würden sie sogar wilder und ungehöriger aufgetreten sein ohne den sittigenden Einfluß der wissenschaftlichen Führung und der geschichtsphilosophischen Ideen. In England war die Arbeiterbewegung anfangs viel boshafter in ihren Erscheinungsformen als in Deutschland; man zerbrach Maschinen, warf mit großen Steinen, versammelte sich nachts in Wäldern usw. Eine Arbeiterbewegung wäre auch in Deutschland gekommen, wenn es keine wissenschaftlichen Sozialisten von der Qualität der Lassalle und Marx gegeben hätte, aber was für eine Arbeiterbewegung, wie dürftig in ihrem Geistesgehalt, wie verworren! Man sehe sich einmal die katholische Arbeiterbewegung an und streiche von ihr, was an allgemeinen religiösen Ideen in ihr ist und was sie indirekt von den Marxisten gelernt hat, so wird man sich eine gewisse Vorstellung machen können, welchen ungeheuren Wert die führenden Geister für die nichtreligiösen Arbeiter haben.“

„Daß ein Mann von der Bedeutung eines Karl Marx, in dessen Gehirn sich deutsche Philosophie und englische Sozialpolitik zu einem großen Gedankensystem zusammenfügten, und daß dieser Mann“, so fährt Naumann fort, „gerade zu der Zeit arbeitete, wo bei uns die Ohren der Proletarier sich zu öffnen begannen, das hob die deutsche Arbeiterbewegung weit über das hinaus, was sie sonst von sich aus geworden wäre. Es gab ihr Gedanken, wie sie sonst nur der oberen Bildungsschicht zugänglich sind, weite Weltgeschichtsgedanken, starke dramatische Phantasien, Begriffsbildungen neuester Prägung, Wahrheiten, denen man noch die Blut des Schmelzofens anmerkte. Wann und wo, seit dem Tage des Christentums, ist das der unteren Masse zuteil geworden? Immer bekamen sie sonst die abgetragenen Geisteskleider ihrer Herrschaften. Jetzt mit einem Male, durch eine Art Erdspalte, rann das Gletscherwasser des geistigen Hochlandes unmittelbar in die Tiefe. Welches Labial, welches Wunder! Man verstand nicht alles, man buchstabierte an Worten und Begriffen herum, man hörte das Toseln und Rauschen, ohne zu wissen, woher das Wasser quoll und wie es zusammengesetzt war. Es stürzte die Wahr-

heit sozusagen selber vom Berge und füllte das Tal. Seht, wie sie trinken! Noch heute nach 40 Jahren wird in zahllosen Versammlungen Marxismus getrunken.“

„Das größte, was Marx der deutschen Arbeiterbewegung geleistet hat, ist die Grundstimmung, die er in der Arbeiterschaft dem technischen Fortschritt gegenüber geweckt hat. An sich liegt es nämlich sehr nahe, daß ein eben erst entstehendes Proletariat voll ist von kleinhandwerklichen und kleinstädtischen Stimmungen gegenüber dem Geldgeschäft, dem Großbetrieb, der Börse und dem ganzen kapitalistischen Getriebe, und daß von da aus auch die Maschinenteknik, der Weltverkehr und alle neuen Erfindungen beschuldigt werden, das vorhandene Elend verursacht zu haben. Wir haben in der älteren englischen Arbeiterbewegung, wir haben in vielen Erscheinungen der französischen und italienischen Proletarierbewegung die Tatsache vor uns, daß der Arbeiter der Gesellschaft verlangt, daß sie ihn wieder zum Handwerker machen soll durch Hemmung des Großbetriebes, Kreditgewährung an kleine Leute, Begrenzung der Lehrlings- und Gehilfenziffer und ähnliches. Und ist es nicht ganz natürlich, daß eine Arbeiterschaft, die den neuen Betrieb zunächst nur als Druck und Entmündigung kennen gelernt hat, von dem Übergange zum Fabriksystem nicht begeistert ist und lieber die Maschinen zerstört als in ihnen ihre zukünftigen Befreier zu sehen? Ist es nicht menschlich, wenn eine Protestbewegung der armen Leute gegen allen Geldbesitz grundsätzlich mißtrauisch ist und den Mammon in allen seinen Gestalten verfolgt und den Luxus haßt, weil er nicht allen gehört? Woher soll der einzelne Leineweber oder Maurer wissen, wohin die Entwicklung der Neuzeit zielt, wenn es ihm nicht von jemand gesagt wird, der weit oberhalb der Proletarier steht und seinen Blick frei über die Jahrhunderte der Volkswirtschaft schweifen lassen kann? Marx und seine nächsten Genossen standen hoch genug, um die Wirtschaft als Geschicht zu erfassen zu können, und brachten es fertig, den Arbeitern eine optimistische Ansicht von der kapitalistisch-technischen Entwicklung beizubringen. Durch diese Leistung wurde erst die beginnende proletarische Bewegung zur „modernen Arbeiterbewegung“. Sie trennte sich scharf von allen Arten des rückständigen Antikapitalismus. Marx als radikaler Liberaler war rückständig jortschrittlich in seiner Wirtschaftsauffassung und übergab der Arbeiterschaft dieses Erbe des ökonomischen Liberalismus. Er war liberal, wie er Sozialist wurde, und deshalb schuf er einen Sozialismus auf technischer und wirtschaftlich liberaler Grundlage. Welche hohe Wichtigkeit das hat, ist von den Liberalen oft verkannt worden, weil sie sich nicht klargemacht haben, was eine antitechnische Proletarierstimmung bedeuten könnte.“

Das kommunistische Manifest nennt Naumann „eine prophetische Beschreibung des kapitalistischen Zeitalters“. Den Arbeitern sei hier der Kapitalismus in seiner schaffenden, geschichtsgestaltenden Gewalt gezeigt worden. „Es gibt viele bürgerliche Liberale, die von der Größe und Kraft ihrer eigenen Geschichtsperiode längst nicht so viel Verstand haben, als davon in der ersten Bekenntnisschrift ihrer politischen Gegner niedergelegt ist. Wenn der bürgerliche Liberalismus sich selbst und seine Aufgaben immer so frei und weit im Bewußtsein tragen wollte, wie sie hier dargestellt sind, dann würde er sich nicht mehr in allerlei parteipolitischen Kleinram verlieren und würde gegenüber den Vertretern veralteter Wirtschaftsformen ein geschichtliches Selbstgefühl besitzen, das ihn vor Überschätzung der konservativen Kräfte bewahren müßte.“

Die Begründung der Reichsfinanzreform.

In der „Nordb. Allgem. Ztg.“ wird die Begründung der Reichsfinanzreform fortgesetzt. In einem Abschnitt über den Bedarf für die nächsten fünf Jahre berechnet. Nach dem Durchschnitt der bisherigen Entwicklung der Reichsausgaben würde in fünf Jahren der Ausgabe-Etat auf 3200 Millionen angewachsen sein, während die Einnahmen im gleichen Jahre nur zu 2460 Millionen angenommen werden können. Es würde sich also ein Fehlbetrag von 730 Millionen zirka ergeben. Um dieses Mißverhältnis zu verhindern, will man auf Ermäßigung des Bedarfs bedacht sein und zwar insofern, als neue Ausgaben vom Reiche solange nicht in Angriff genommen werden sollen, bis die Finanzen völlig geordnet sind. Weiter will man sparen bei den laufenden, absolut notwendigen Ausgaben.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sind Proberrechnungen für den Reichshaushalt-Etat von 1909—1913 vorgenommen worden. Danach würden sich die Ausgaben im Jahre 1913 auf 2764 Millionen belaufen. Bei der oben angeführten Einnahme-Kalkulation blieb immer noch ein Fehlbetrag von 294 Millionen. Die

Begründung rechnet nun aber mit einer höheren Einnahme und kommt zu dem Ergebnis, daß sich der Fehlbetrag auf 247 Millionen herabmindern ließe. Hierzu treten nun eine große Reihe Neuausgaben, die 1913 den Maximalbetrag von zirka 100 Millionen erreicht haben werden. Zu diesen 100 Millionen kommen von 1912 ab 30 Mill. Subvention für den Invalidenfonds, von 1910 ab 27½ Millionen für Schuldentilgung, Ersatz für den Ausfall infolge der Herabsetzung der Zuckersteuer 35 Millionen, von 1910 ab und vom gleichen Jahre ab endlich Ersatz für einen Ausfall von 22 Millionen Mark infolge der beabsichtigten Aufhebung der Fahrkartensteuer und der Herabsetzung des Ortsportos für Postkarten auf 3 Pfg. Eingerechnet diese Mehrausgaben und Mindereinnahmen ergäbe sich im Jahre 1913 ein Gesamtfehlbetrag von 457 Millionen Mark. Für diese Summe wären also im Minimum neue Steuern aufzubringen. Die Begründung berechnet aber dann weiter, daß über die laufenden Ausgaben hinaus Deckung gesucht werden muß für die gestundeten Matrikularbeiträge und für andere Verpflichtungen, die das Reich eingegangen ist. Diese Summen sollen gedeckt werden von erhofften Mehrerträgen aus den neuen Steuern und etwaigen Ersparnissen bei den Ausgaben.

In einem weiteren Artikel wird die formelle Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Bundesstaaten und Reich besprochen. Die Erzielung genügender Deckungsmittel für den gegenwärtigen Bedarf könne einer Wiederkehr der finanziellen Schwierigkeiten nicht vorbeugen. Nach der Erörterung der gegenwärtigen Sachlage wird für die Neuordnung folgender Vorschlag gemacht: an Stelle der zurzeit bestehenden, in ihren Erträgen schwankenden Abweisersteuern tritt der aus dem Handel mit Branntwein gewonnene Reinertrag. Dieser wird in zunächst feststehender Höhe von 220 Millionen Mark den Einzelstaaten überwiesen und entsprechend der Summe der Matrikularbeiträge angesetzt. Alle sonstigen, bisher den Einzelstaaten überwiesenen Steuern verbleiben unter Berücksichtigung der besonderen Regelung für die Stempelabgaben auf Wettrennen dem Reiche, nur bei der gesamten Besteuerung von Erbschaften werden die Einzelstaaten durch Belassung eines Teiles vom Ertrage für die Verkürzung bisheriger Einnahmen entschädigt.

In dem Matrikularbeitragsatz von 40 Pfg. pro Kopf der Bevölkerung soll festgehalten werden, doch soll eine Steigerung der Matrikularbeiträge auf Zeitabschnitte von je fünf Jahren möglich sein bis zum Gesamtbetrag von 80 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung für ein ganzes Jahrzehnt. Diese Abgabe ist nur als Zubuße gedacht und darf nicht den Charakter regelmäßiger Leistungen annehmen.

Nach der vorgeschlagenen Regelung würden somit nur noch zwei Verbindungen zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten bestehen: einmal die Matrikularbeiträge, für welche die Einzelstaaten in dem ihnen überwiesenen Reinertrag aus dem Zwischenhandel mit Branntwein Deckung finden, und zweitens eine Pflicht zur Zahlung von Matrikularbeiträgen, deren Höhe auf Perioden von fünf Jahren festgelegt wird, und die im nächsten Jahrzehnt 80 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung betragen sollen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein aus der Art geschlagener Konservativer.

In einer öffentlichen Protestversammlung zur Bekämpfung der Tabaksteuer in Sprottau, welche von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Tabakbranche, sowie anderen Interessenten gut besucht war, verlas der Einberufer nach der „Bresl. Ztg.“ ein Schreiben des konservativen Reichstagsabgeordneten für Sagan-Sprottau, Herrn v. Bolko, in welchem er sein Ausbleiben entschuldigt und erklärte, daß er und mit ihm ein Teil seiner Parteifreunde Gegner der geplanten Tabaksteuer seien und auch gegen die geplante Steuer stimmen werde.

Wie die „Freil. Ztg.“ dazu noch von verlässlicher Seite hört, hat der Abg. v. Bolko sich nicht nur gegen die neue Tabaksteuer, sondern schließlich gegen jede Mehrbelastung durch indirekte Steuern erklärt.

Daß die Parteipresse der konservativen Herren sich bemühen wird, ihn „zur Reision zu bringen“, darf wohl als sicher angenommen werden. Jedenfalls macht diese eine Schwalbe keinen Sommer.

Gegen die Haltung der nationalliberalen Fraktion in der preussischen Wahlrechtsfrage veröffentlicht die „Nationalzeitung“ an leitender Stelle sehr scharfe Angriffe. Wie die „Nationalliberale Revue“

Klage freigesprochen. Der Prozess dürfte auch noch das Verurteilungsgericht beschäftigen.

Der Schinken für die Frau Amtsgerichtsrat. Vor dem Schwurgericht in Neu-Kruppin hatte sich der Invalide Jabel wegen verurteilter Beamtenbestechung zu verantworten. Er war angeklagt, versucht zu haben, den Amtsgerichtsrat Barth aus Berleberg durch Überwindung eines gerächerten Schinkens sich geneigt zu machen, um in einer gegen ihn schwebenden Strafsache ein günstiges Urteil zu erlangen. Die Frau des Angeklagten hatte den Schinken mit einem Briefe an Frau Amtsgerichtsrat Barth überbracht. Der Richter erstattete gegen J. sofort Anzeige. In der Verhandlung leugnete der Angeklagte. Er wurde indessen nach dem Spruch der Geschworenen für schuldig unter Zuhilfenahme mildernder Umstände befunden und zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Ein hartes Urteil!

Schuss gegen Schulkente. Die Strafkammer in Düsseldorf verurteilte am 29. Oktober den wegen Mißhandlung schon vorbestraften Polizeiergeanten Kornelius Edmunds in Gefroth wegen erheblicher Mißhandlung in Ausübung seines Amtes zu sechs Wochen Gefängnis. Der Beamte hatte einen sechszwanzigjährigen Mann ohne jede Veranlassung mehr als mit dem Säbel auf den Kopf geschlagen und dann gezwungen, vor ihm den Hut abzulegen. — Eine sehr milde Strafe! — Recht billig weggekommen ist auch der Hilfschugmann Paul Weinling, der am 28. Juli vom Landgericht Darmstadt wegen zweier Körperverletzungen im Amte zu nur 100 Mk. Geldstrafe verurteilt ist. Am ersten Overtage früh 5 Uhr trieben drei Studenten Unfug, indem sie mit ihren Stöcken an den Kolläden, entfangstrichen. Zwei Schulkente suchten die Namen der Studenten festzustellen und nahmen zwei von ihnen mit zur Wache. Die betrunkenen Studenten betrogen sich hier nicht ganz korrekt. Der eine, St., wollte nach Feststellung seines Namens nicht wieder fortgehen. Der Angeklagte schob ihn hinaus. Als St. wieder hereinkam, gab ihm der Angeklagte einen wuchtigen Schlag ins Gesicht. Einfaches Juristendringen des Betrunkenen wäre ausreichend gewesen. St. blieb nach dem Schlage im Gebäude und ging lustig auf und ab. Der Angeklagte und ein anderer Schugmann führten ihn hinaus. Der Angeklagte blieb bei ihm und veretzte ihm noch mehrere Faustschläge, so daß die Nase stark blutete. In beiden Fällen hatte der Angeklagte kein Recht, so zu handeln. Er hatte die Absicht der Körperverletzung. Die Veranlassung war eine Amtshandlung, nämlich die Feststellung der Persönlichkeit. Mildernde Umstände sind dem Angeklagten zugebilligt worden. — Die Revision des Angeklagten, welcher bestritt, die Körperverletzung in Ausübung seines Amtes begangen zu haben, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Im Bestechungsprozess gegen 52 Beamte und Bergleute der Grube Keeden wurde Sonnabend das Urteil gefällt. Insgesamt erhielten 12 Angeklagte wegen einfacher oder schwerer Bestechung Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu 6 Monaten. Während die Frau des mit drei Monaten Gefängnis bestrafte Fahrleiters Ries wegen Beihilfe zu einer Woche Gefängnis verurteilt wurde, ist die Frau des verstorbenen, durch Beweise schwer belasteten Oberleiters Spengler freigesprochen worden. Über die Bestechungsgelder wurde die Einziehung verfügt. Von dem Antrag des Staatsanwalts, den Steigern auf drei Jahre die Befugnis abzuspüren, ein öffentliches Amt zu bekleiden,

nahm das Gericht Abstand. Die Kosten fallen den Verurteilten zur Last. Für die 38 Freigesprochenen trägt die Staatskasse die Kosten.

Aus Nah und Fern.

Kampf mit Schulkenten. Das Wolffsche Bureau meldet aus Berlin: Donnerstagabend begaben sich circa 400-500 Schlachtergesellen nach ihrem Versammlungsort Kaiser Wilhelmstraße 18, um gegen den Sprechmeister der Schlachterinnung, Droeber, zu demonstrieren. Nach Schluß der Versammlung, gegen 11 1/2 Uhr nachts, begaben sich die Demonstranten in geschlossenem Zuge nach der Schlachterherberge Mulaackstraße Nr. 8 und warfen unter großem Lärm mehrere Fensterscheiben ein. Vier Schulkente, die um diese Zeit gerade auf dem Patrouillengang durch die Mulaackstraße sich befanden, wurden, als sie die Menge aufzubrechen, auselnanderzugehen, beschimpft. Man hörte Rufe: Wuthunde! Stecht die Klauen über den Haufen! und warf die Beamten mit Steinen. Den bedrohten Schulkenten blieb nichts anderes übrig, als mit blanker Waffe vorzugehen, doch gelang es erst die Ansammlung zu zerstreuen, als noch 9 Schulkente des 15. Reviers erschienen. Bisher sind fünf besonders widerwillige Patronen festgenommen worden. Ob und wie viele Personen verletzt wurden, konnte noch nicht ermittelt werden.

Tenerer Kräuen. Vom Landgericht Köln ist die Beleidigungsklage des Dr. Peters gegen den Gouverneur a. D. Rudolf v. Bennigsen wegen eingetretener Verjährung abgewiesen und Dr. Peters zur Tragung der nicht unbedeutenden Kosten der ersten und zweiten Instanz verurteilt worden. Nun hegt Dr. Peters die Absicht, den Berliner Justizrat Sello, der ihn in seinem Beleidigungsfeldzuge gegen die „Kölnische Zeitung“ verteidigte, für die ihm aufgebürdeten Kosten haftbar zu machen und vor dem Kölner Zivilgericht zu verklagen. Dieser neueste Witz des Dr. Peters zeugt von großem Unbänd. Justizrat Sello, der während der Verhandlung vor dem Schöffengericht Köln um den Peters herbe Kräuen vergoß und der sich für den Peters sogar anspeien ließ, hätte sicher eine bessere Belohnung verdient. Aber so ist nun einmal dieser Dr. Peters: die Gellebte, die ihm ihre Gunst erwies, hängt er auf und den Verteidiger, der seine ganze Menschenwürde für ihn einsetzt, verklagt er um die Kosten. Welches Los mag da dem kleinen Rosenthal noch beschieden sein?

Das gefeierte Rindvieh. Ein kleines Lokalblättchen, die „Sönlauer Zeitung“ berichtet in einer ihrer letzten Nummern folgendes Ereignis:

Gestern nachmittags in der dritten Stunde wurden die Bewohner in der Bahnhofstraße durch Musik der hiesigen Stadtkapelle aus den Häusern gelockt. Die Fleischereimeister Franz Wille und August Schmidhaber führten ein erstklassiges Berliner Exemplar Rindvieh nach dem städtischen Schlachthof, ein Zeichen unserer aufblühenden Stadt, daß auch hier schon erstklassige Ware verwertet wird.

Dieses Ereignis dürfte den Stolz der Groß-Berliner wieder beträchtlich steigern!

Einer, der „selbständig“ arbeitet. In einer Balanzzeitung war dieser Tage nachstehende Stellenauschreibung enthalten: Bureaugehilfe, welcher selbständig arbeitet, sofort gesucht. Entschädigung circa 80 Mark

monatlich und Schickraum. Meldungen an Bürgermeister Riege, Fürstenstraße 1. d. Neumarkt.

Daß der selbständige Bureaugehilfe mit seinen 80 Mk. monatlich nur nicht unverschämte wird und den Bürgermeistern, der diesen erbärmlichen Sündenlohn zu bieten wagt, um ein Paar abgelegte Beinkleider anbietet.

Begnadigt! Dem früheren Landtagsabgeordneten Strichel in Friedberg (Oberhessen), welcher seine Zeit wegen Unterschlagung zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt worden war, wurde die Strafe im Gnadenwege in 800 Mk. Geldstrafe umgewandelt.

Blutige Affäre mit einem Wachtposten. Die „Freie Pta.“ berichtet aus Mex: Im Fort Ferny Schob in einer der letzten Nächte ein Posten vom 98. Infanterie-Regiment auf einen italienischen Arbeiter, der sich auf dem Festungsgelände befand und trotz mehrfacher Anrufe nicht stehen blieb. Der Italiener wurde schwer verwundet und später ins Krankenhaus verbracht. Auf das Geräusch des Schusses hin eilten eine Anzahl Landleute des Betroffenen herbei, stürzten sich auf den Posten und drangen trotz seiner heftigen Gegenwehr mit Messern und Steinwürfen derart auf ihn ein, daß der Soldat tödlich verwundet wurde und inzwischen auch gestorben ist. Die Militärbehörde hat bisher keinerlei Meldung über den Vorfall in die Öffentlichkeit gelangen lassen. Der „Bohringer“ teilt dazu mit, daß infolge dieses Voralles im ganzen Fortbereich jetzt nachts nur Doppelposten stehen und daß der Patrouillendienst verstärkt sei. Ganz in der Nähe des Latortes ist übrigens schon im vorigen Jahre einem Posten die Kehle durchschnitten worden.

Ein schwerer Eisenbahnunglück ereignete sich am 29. Oktober, nachmittags, auf dem Bahnhof in Wehra. Der von Göttingen kommende Verbands Güterzug, welcher ungewöhnlich lang und deshalb mit zwei Lokomotiven bespannt war, rannte auf einen im Geleise des Bahnhofes haltenden, aus dem Süden kommenden Güterzug mit großer Gewalt auf. Von beiden Güterzügen wurde eine große Anzahl Waggons durch den Anprall hochaufgetürmt und übereinander geschoben. Von dem Fahrpersonal des Göttinger Güterzuges wurden ein Beamter tödlich, drei andere leicht verletzt. Das Fahrpersonal des anderen Güterzuges konnte sich durch Abspringen in Sicherheit bringen. Die beiden Lokomotiven des einfahrenden Göttinger Güterzuges wurden stark beschädigt und vierzig Waggons zertrümmert oder stark beschädigt. Der Materialschaden ist ein sehr großer. Die Entstehungsurache des schweren Zusammenstoßes wird darauf zurückgeführt, daß der bedienende Weichensteller bei dem herrschenden Nebel aus Irrtum dem einfahrenden Güterzuge das Einfahrtsignal gegeben hat.

Über 500 Häuser abgebrannt. Die Stadt Sterlitamat im Gouvernement Ufa ist bei starkem Winde vollständig niedergebrannt. Insgesamt sind 526 Wohnhäuser, 7 Schulen, mehrere Kirchen und ein Hospital ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden beträgt 2 Millionen Rubel.

Postraub. In der Nähe von Chotin (Rußland) wurde von acht Räubern ein Überfall auf die Post verübt, wobei 79700 Rubel in die Hände der Räuber fielen. Der Kutscher und ein Wächter wurde getötet, drei andere Begleiter des Transportes verletzt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von
Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“) -Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechzehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der Lübschen Geschichte eine Fülle interessantes, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwicklung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Ausschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasten und Treiben wird die Kenntnis der vaterstädtischen Geschichte bald dem Gedächtnis der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwicklung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der Lübschen Geschichte gerade für diese am allernotwendigsten“ schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“.

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den **Mk. 3.00** oder broschiert Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von **Mk. 5.00** auf **Mk. 2.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporteurs, Zeitungsausträgern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstrasse 46, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei

E. G. m. b. H.

Ordentliche General-Versammlung

am Dienstag, 10. November,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1908.
2. Anteilsscheine legitimieren.
Lübecker Genossenschaftsbäckerei
E. G. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

Arbeiter-Gesangverein „Frisch Auf“, Moisling.

Bei der am 31. Oktober stattgefundenen Tombola wurden folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

67	84	113	127	141	155	176
177	232	253	258	260	261	314
318	329	338	339	342	371	380
396	426	431	444	452	459	506
517	534	544	562	565	593	679
686	731	734	739	774	790	835
845	867	891	897	920	934	939
959	982	983	1011	1030	1035	1042
1052	1099	1131	1146	1150	1230	1253
1258	1274	1300	1347	1348	1368	1393
1404	1460	1472	1486	1572	1589	1597
1626	1629	1643	1645	1653	1692	1706
1710	1723	1767	1779	1792	1797	1801
1828	1877	1894	1903	1910	1943	1949
1969	1983.					

Die Gewinne können am 2., 3. und 4. November von 7 1/2-8 1/2 Uhr abends bei Herrn **Schreiber, Kaffeehaus Moisling**, abgeholt werden.
Bis zum 1. Dezember 1908 nicht abgeholt Gewinne verfallen der Vereinskasse.

Der Vorstand.

Panorama

Brockstraße 53, I., im Winkel.
Vom 1. bis 7. November:
Thüringen
von Rufeinstell im Schwanental.

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 258.

Dienstag, den 3. November 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Naumann über Marx.

Friedrich Naumann, der trotz seiner Blockliebe und trotz mancher Seitenprünge zu den wenigsten ernst zu nehmenden liberalen Politikern gehört, veröffentlichte vor kurzem in der „Neuen Rundschau“ einen auch von der „Hilfe“ abgedruckten Artikel „Das Schicksal des Marxismus“. Wir verzichten an dieser Stelle darauf, die falschen Schlussfolgerungen Naumanns bezüglich der ökonomischen Entwicklung zurückzuweisen; wir nehmen daher von dem Artikel nur insoweit Notiz, als er den gewaltigen Einfluß schildert, den Karl Marx auf die deutschen Arbeiter und die Gestaltung der deutschen sozialistischen Bewegung ausgeübt hat. Naumann schreibt:

„Die deutsche Arbeiterbewegung hat das große und merkwürdige Glück gehabt, daß an ihren Anfängen starke und lebendige Geister mit hoher wissenschaftlicher Bildung gestanden haben. Wie arm ist die Chartistenbewegung, welche das Aufkommen der englischen Industrie vor reichlich 70 Jahren begleitete, gegenüber der deutschen Sozialdemokratie, wie sie vor 40 Jahren unter Mitwirkung von Lassalle, Marx und Engels entstand! In beiden Fällen suchte eine Arbeiter-schaft, die sich aus dem Kleinhandwerk heraus in neue Industrieverhältnisse hineingeschoben fühlte, einen Ausdruck für ihren Groll und ihr Hoffen und eine Organisation für ihre Gemeinamkeit, in beiden Fällen war das, was die Proletarier selbst hervorbringen konnten, eine Art politischer Stamms, voll von Erlebnis, aber dürftig und hilflos in seiner politischen Form. Ich habe eine ziemlich deutliche Erinnerung an die erzgebirgischen Weber und Strumpfwirker, unter denen in Deutschland die Sozialdemokratie die ersten größeren Erfolge errang. Diese Leute würden sich nichts von englischen Chartisten unterscheiden haben, wenn ihnen nicht das große und wunderbare Pathos Lassalles und die schwere, für sie fast religiöse Dialektik von Marx in die Ohren geklungen wäre. Und auch die Bergarbeiter von damals, die Berliner Maschinenbauer, die Hamburger Maurer und Tabakarbeiter, was wären sie gewesen ohne den Flügel Schlag ihrer Denker? Von selbst hätten sie den reinen Sozialismus sicher nicht gefunden. Sie würden sich natürlich irgend ein Programm zurechtgemacht haben, denn sie waren einmal von 1848 her in Bewegung und standen unter dem starken Atmosphärendruck der Gründungszeit des Deutschen Reiches. Man soll nicht denken, daß sie ohne Lassalle und Marx ganz harmlos und bescheiden jeder an seinem Weibstuhle oder Schraubstock gestanden haben würden! Vielmehr würden sie sogar wilder und ungebändiger aufgetreten sein ohne den stützenden Einfluß der wissenschaftlichen Führung und der geschichtsphilosophischen Ideen. In England war die Arbeiterbewegung anfangs viel boshafter in ihren Erscheinungsformen als in Deutschland; man zerbrach Maschinen, warf mit großen Steinen, versammelte sich nachts in Wäldern usw. Eine Arbeiterbewegung wäre auch in Deutschland gekommen, wenn es keine wissenschaftlichen Sozialisten von der Qualität der Lassalle und Marx gegeben hätte, aber was für eine Arbeiterbewegung, wie dürftig in ihrem Geistesgehalt, wie verworren! Man sehe sich einmal die katholische Arbeiterbewegung an und streiche von ihr, was an allgemeinen religiösen Ideen in ihr ist und was sie indirekt von den Marxisten gelernt hat, so wird man sich eine gewisse Vorstellung machen können, welchen ungeheuren Wert die führenden Geister für die nichtreligiösen Arbeiter gehabt haben.“

„Daß ein Mann von der Bedeutung eines Karl Marx, in dessen Gehirn sich deutsche Philosophie und englische Sozialpolitik zu einem großen Gedankensystem zusammenschloß, und daß dieser Mann“, so fährt Naumann fort, „gerade zu der Zeit arbeitete, wo bei uns die Ohren der Proletarier sich zu öffnen begannen, das hob die deutsche Arbeiterbewegung weit über das hinaus, was sie sonst von sich aus geworden wäre. Es gab ihr Gedanken, wie sie sonst nur der oberen Bildungsschicht zugänglich sind, weite Weltgeschichtsgedanken, starke dramatische Phantasien, Begriffsbildungen neuester Prägung, Wahrheiten, denen man noch die Blut des Schmelzofens anmerkte. Wann und wo, seit dem Tage des Christentums, ist das der unteren Masse zuteil geworden? Immer bekamen sie sonst die abgetragenen Geisteskleider ihrer Herrschaften. Setzt mit einem Male, durch eine Art Erdspalte, rann das Gletscherwasser des geistigen Hochlandes unmittelbar in die Tiefe. Welches Labsal, welches Wunder! Man verstand nicht alles, man buchstabierte an Worten und Begriffen herum, man hörte das Tosen und Rauschen, ohne zu wissen, woher das Wasser quoll und wie es zusammengesetzt war. Es stürzte die Wahr-

heit sozusagen selber vom Berge und füllte das Tal. Seht, wie sie trinken! Noch heute nach 40 Jahren wird in zahllosen Versammlungen Marxismus getrunken.“

„Das größte, was Marx der deutschen Arbeiterbewegung geleistet hat, ist die Grundstimmung, die er in der Arbeiterschaft dem technischen Fortschritt gegenüber geweckt hat. An sich liegt es nämlich sehr nahe, daß ein eben erst entstehendes Proletariat voll ist von kleinhandwerklichen und kleinbürgerlichen Stimmungen gegenüber dem Geldgeschäft, dem Großbetrieb, der Börse und dem ganzen kapitalistischen Getriebe, und daß von da aus auch die Maschinenteknik, der Weltverkehr und alle neuen Erfindungen beschuldigt werden, das vorhandene Elend verursacht zu haben. Wir haben in der älteren englischen Arbeiterbewegung, wir haben in vielen Erscheinungen der französischen und italienischen Proletarierbewegung die Tatsache vor uns, daß der Arbeiter von der Gesellschaft verlangt, daß sie ihn wieder zum Handwerker machen soll durch Hemmung des Großbetriebes, Kreditgewährung an kleine Leute, Begrenzung der Lehrlings- und Gehilfenziffer und ähnliches. Und ist es nicht ganz natürlich, daß eine Arbeiterschaft, die den neuen Betrieb zunächst nur als Druck und Entmündigung kennen gelernt hat, von dem Übergange zum Fabrikssystem nicht begeistert ist und lieber die Maschinen zerstückelt als in ihnen ihre zukünftigen Befreier zu sehen? Ist es nicht menschlich, wenn eine Protestbewegung der armen Leute gegen allen Geldbesitz grundsätzlich mißtrauisch ist und den Mammon in allen seinen Gestalten verfolgt und den Luxus haßt, weil er nicht allen gehört? Woher soll der einzelne Kleinweber oder Maurer wissen, wohin die Entwicklung der Neuzeit zielt, wenn es ihm nicht von jemand gesagt wird, der weit oberhalb der Proletarier-schicht stehend seinen Blick frei über die Jahrhunderte der Volkswirtschaft schweifen lassen kann? Marx und seine nächsten Genossen standen hoch genug, um die Wirtschaft als Geschichte erfassen zu können, und brachten es fertig, den Arbeitern eine optimistische Ansicht von der kapitalistisch-technischen Entwicklung beizubringen. Durch diese Leistung wurde erst die beginnende proletarische Bewegung zur „modernen Arbeiterbewegung“. Sie trennte sich scharf von allen Arten des rückständigen Antikapitalismus. Marx als radikaler Liberaler war rückwärtslos fortschrittlich in seiner Wirtschaftsauffassung und übergab der Arbeiterschaft dieses Erbe des ökonomischen Liberalismus. Er war liberal, ehe er Sozialist wurde, und deshalb schuf er einen Sozialismus auf technisch und wirtschaftlich liberaler Grundlage. Welche hohe Wichtigkeit das hat, ist von den Liberalen oft verkannt worden, weil sie sich nicht klargemacht haben, was eine antitechnische Proletarierstimmung bedeuten könnte.“

Das kommunistische Manifest nennt Naumann „eine prophetische Beschreibung des kapitalistischen Zeitalters“. Den Arbeitern sei hier der Kapitalismus in seiner schaffenden, geschichtsgestaltenden Gewalt gezeigt worden. „Es gibt viele bürgerliche Liberale, die von der Größe und Kraft ihrer eigenen Geschichtsperiode längst nicht so viel Verstand haben, als davon in der ersten Bekenntnisschrift ihrer politischen Gegner niedergelegt ist. Wenn der bürgerliche Liberalismus sich selbst und seine Aufgaben immer so frei und weit im Bewußtsein tragen wollte, wie sie hier dargestellt sind, dann würde er sich nicht mehr in allerlei parteipolitischen Kleinramm verlieren und würde gegenüber den Vertretern veralteter Wirtschaftsformen ein geschichtliches Selbstgefühl besitzen, das ihn vor Überschätzung der konservativen Kräfte bewahren müßte.“

Die Begründung der Reichsfinanzreform.

In der „Nordd. Allgem. Ztg.“ wird die Begründung der Reichsfinanzreform fortgesetzt. In einem Abschnitt wird der Bedarf für die nächsten fünf Jahre berechnet. Nach dem Durchschnitt der bisherigen Entwicklung der Reichsausgaben würde in fünf Jahren der Ausgabe-Stat auf 3200 Millionen angewachsen sein, während die Einnahmen im gleichen Jahre nur zu 2460 Millionen angenommen werden können. Es würde sich also ein Fehlbetrag von 730 Millionen zirka ergeben. Um dieses Mißverhältnis zu verhindern, will man auf Ermäßigung des Bedarfs bedacht sein und zwar insofern, als neue Ausgaben vom Reiche solange nicht in Angriff genommen werden sollen, bis die Finanzen völlig geordnet sind. Weiter will man sparen bei den laufenden, absolut notwendigen Ausgaben.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sind Proberrechnungen für den Reichshaushalt-Stat. von 1909—1913 vorgenommen worden. Danach würden sich die Ausgaben im Jahre 1913 auf 2764 Millionen belaufen. Bei der oben angeführten Einnahme-Kalkulation blieb immer noch ein Fehlbetrag von 294 Millionen. Die

Begründung rechnet nun aber mit einer höheren Einnahme und kommt zu dem Schluß, daß sich der Fehlbetrag auf 247 Millionen herabmindern ließe. Hierzu treten nun eine große Reihe Neuausgaben, die 1913 den Maximalbetrag von zirka 100 Millionen erreicht haben werden. Zu diesen 100 Millionen kommen von 1912 ab 30 Mill. Subvention für den Invalidenfonds, von 1910 ab 27½ Millionen für Schuldenentilgung, Ersatz für den Ausfall infolge der Herabsetzung der Zuckersteuer 35 Millionen, von 1910 ab und vom gleichen Jahre ab endlich Ersatz für einen Ausfall von 22 Millionen Mark infolge der beabsichtigten Aufhebung der Fahrkartensteuer und der Herabsetzung des Ortsportos für Postkarten auf 3 Pfg. Eingerechnet diese Mehrausgaben und Mindereinnahmen ergäbe sich im Jahre 1913 ein Gesamtfehlbetrag von 457 Millionen Mark. Für diese Summe wären also im Minimum neue Steuern aufzubringen. Die Begründung berechnet aber dann weiter, daß über die laufenden Ausgaben hinaus Deckung gesucht werden muß für die gestundeten Matrikularbeiträge und für andere Verpflichtungen, die das Reich eingegangen ist. Diese Summen sollen gedeckt werden von erhofften Mehrerträgen aus den neuen Steuern und etwaigen Ersparnissen bei den Ausgaben.

In einem weiteren Artikel wird die formelle Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Bundesstaaten und Reich besprochen. Die Erschließung genügender Deckungsmittel für den gegenwärtigen Bedarf könne einer Wiederkehr der finanziellen Schwierigkeiten nicht vorbeugen. Nach der Erörterung der gegenwärtigen Sachlage wird für die Neuordnung folgender Vorschlag gemacht: an Stelle der zurzeit bestehenden, in ihren Erträgen schwankenden Überweisungssteuern tritt der aus dem Handel mit Branntwein gemonnene Reinertrag. Dieser wird in zunächst feststehender Höhe von 220 Millionen Mark den Einzelstaaten überwiesen und entsprechend der Summe der Matrikularbeiträge angelegt. Alle sonstigen, bisher den Einzelstaaten überwiesenen Steuern verbleiben unter Berücksichtigung der besonderen Regelung für die Stempelabgaben auf Weitreuen dem Reiche, nur bei der gesamten Besteuerung von Erbfällen werden die Einzelstaaten durch Befassung eines Teiles vom Ertrage für die Verkürzung bisheriger Einnahmen entschädigt.

Im dem Matrikularbeitragsatz von 40 Pfg. pro Kopf der Bevölkerung soll festgehalten werden, doch soll eine Steigerung der Matrikularbeiträge auf Zeitabschnitte von je fünf Jahren möglich sein bis zum Gesamtbetrage von 80 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung für ein ganzes Jahr. Diese Abgabe ist nur als Zubuße gedacht und darf nicht den Charakter regelmäßiger Leistungen annehmen.

Nach der vorgeschlagenen Regelung würden somit nur noch zwei Verbindungen zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten bestehen: einmal die Matrikularbeiträge, für welche die Einzelstaaten in dem ihnen überwiesenen Reinertrag aus dem Zwischenhandel mit Branntwein Deckung finden, und zweitens eine Pflicht zur Zahlung von Matrikularbeiträgen, deren Höhe auf Perioden von fünf Jahren festgelegt wird, und die im nächsten Jahresfünft. 80 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung betragen sollen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein aus der Art geschlagener Konservativer.

In einer öffentlichen Protestversammlung zur Bekämpfung der Tabaksteuer in Sprottau, welche von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Tabakbranche, sowie anderen Interessenten gut besucht war, verlas der Einberufer nach der „Bresl. Ztg.“ ein Schreiben des konservativen Reichstagsabgeordneten für Sagan-Sprottau, Herrn v. Bolko, in welchem er sein Ausbleiben entschuldigt und erklärte, daß er und mit ihm ein Teil seiner Parteifreunde Gegner der geplanten Tabaksteuer seien und auch gegen die geplante Steuer stimmen werde.

Wie die „Freif. Ztg.“ dazu noch von verlässlicher Seite hört, hat der Abg. v. Bolko sich nicht nur gegen die neue Tabaksteuer, sondern schließlich gegen jede Mehrbelastung durch indirekte Steuern erklärt.

Daß die Parteipresse der konservativen Herren sich bemühen wird, ihn „zur Reison zu bringen“, darf wohl als sicher angenommen werden. Jedenfalls macht diese eine Schwalbe keinen Sommer.

Gegen die Faltung der nationalliberalen Fraktion in der preussischen Wahlrechtsfrage veröffentlicht die „Nationalzeitung“ an leitender Stelle sehr scharfe Angriffe. Wie die „Nationalliberale Korre-

„Spondenz“ berichtet, hatte die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses zunächst beabsichtigt, sich parlamentarisch an einer Aktion zur Wahlrechtsreform zu beteiligen; ob selbständig, ob mit anderen Fraktionen gemeinschaftlich, wird nicht gesagt. Die Partei hat dann aber nach der „Nationalliberalen Korrespondenz“ darauf verzichtet, schon „im gegenwärtigen Moment“ vorzugehen. Dazu wird nun in der „National-Zeitung“ bemerkt:

Die gegenwärtige plötzliche Sinnesänderung der Fraktion kann den wahrscheinlich ungerechtfertigten Verdacht erzeugen, daß in der Fraktion die rechte Seite wieder Oberwasser bekommen hat, welche mit jählichen Gefühls für die Jungliberalen nicht bedacht ist, und die Absage an die Jungliberalen zu einer Divergenz nach der konservativen Seite hinüber bezieht. Das ist es dann, was die erneute Unklarheit der politischen Lage hervorbringt und was unter Umständen den schonen Eifer der preussischen Regierung (1), wie er sich in der Thronrede wohlthuend offenbart hatte, (2) wieder unter Zweifel und Bedenken wegen der Zuverlässigkeit der Parteien begründet. Wir haben es ja schon häufig erlebt: Delegierte und Parteitage machen einen sehr liberalen Eindruck und die Parlamente gehen ihre Wege für sich und machen keinen liberalen Eindruck. Das Endergebnis ist Mangel an Vertrauen zur Partei, bei der man einen Zusammenhang zwischen Worten und Taten vermißt, fortwährende innere Fraktionen und Rückgang der Partei in Preußen und im Reich. Wir glauben, daß sich das in diesem Falle noch durch einen staatsmännischen Entschluß der Landtagsfraktion präparieren läßt und bitten, darum eine kräftigere Stellungnahme zum Wahlrecht im Parlament, ob in Form einer Interpellation oder einer Erklärung das braucht den Ausschlag nicht zu geben, in Erwägung zu ziehen.

Der nationalliberalen Landtagsfraktion wird hier aus dem eigenen Lager bestätigt, daß ihrem Verhalten gegenüber sogar das der preussischen Regierung als „schöner Eifer“ erscheint. Wie lang doch Umland, mit dessen demokratischem Sitatendöl Bülow sein Haupt zu salben liebt:

Jetzt fliegt man nicht zum Zweck.
Der Wahrspruch ist: Gott geb.
Das Wappen ist die Schnecke,
Schilbhalter ist der Krebs.

Weiteres vom schlafenden Wächter.

Die Berliner Morgenblätter von gestern erklären die Stellung des Fürsten Bülow als völlig unhaltbar. Das „Berl. Tageblatt“ sagt, ein Kanzler, der nicht in Berlin bleiben kann, scheidet am besten ganz. In der „Welt am Montag“ sagt Gerlach sein Urteil dahin zusammen: „Was wir brauchen, ist kein Kanzler des Kaisers, sondern ein Kanzler des Reiches“. Das ist sehr richtig, wird aber Bülow mit seiner Rhinoceroshaut ebensowenig impornieren, wie das Gericht, daß man als seinen Nachfolger den General der Kavallerie v. Mackensen und den derzeitigen Postchef in Konstantinopel, Freiherr Marschall von Diebstein nennt.

Staatssekretär von Schöen, der sich bekanntlich in den Tiroler Bergen aufhielt, als in seinem Ressort die Streiche gemacht wurden, die jetzt alle Welt ergötzen, ist — wie wir melden — jetzt krank geworden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt an der Spitze ihrer heutigen Abendausgabe mit, daß bis zu seiner Genebung der gegenwärtige Gesandte in Bukarest v. Kiderlen-Waechter mit der Leitung des Auswärtigen Amtes betraut worden ist.

Inzwischen ist der Sündenbock gefunden. Wie ein Berliner Mittagsblatt aus sicherer Quelle erfahren haben will, ist der Legationsrat Estern auf derjenige Beamte, der das Manuskript des Kaiser-Interviews durchgesehen hat. Er gab es dann an den Unterstaatssekretär Sternich und dieser ließ es mit einer begünstigenden Aufzeichnung an den Reichskanzler zurückgehen.

Im englischen Unterhaus wurde gestern auch die Angelegenheit erörtert. William Redmond fragte den Kriegsminister, ob ein Feldzugsplan zur Beendigung des Burenkrieges, den Lord Roberts tatsächlich befolgt habe, seitens des Deutschen Kaisers eingegangen, und wenn dies der Fall sei, ob Haldane dieses Schriftstück veröffentlichen wolle. Der Kriegsminister erwiderte, daß die Archive des Kriegsministeriums kein derartiges Schriftstück enthielten, auch sei es nicht in den Besitz irgend einer anderen mit dem Kriegsministerium zusammenhängenden Stelle gekommen. „Ich bin daher nicht in der Lage“, schloß der Minister, den Wunsch nach Veröffentlichung des bezüglichen Schriftstücks zu erfüllen.“ (Gelächter.) Redmond fragt weiter, ob mit Rücksicht auf das große Interesse, das die Angelegenheit gewonnen habe, Kriegsminister Haldane nachforschen wolle, ob ein solches Schriftstück überhaupt im Lande in irgend einem andern Amte vorhanden sei. Haldane antwortete: Ich habe genug mit der Verantwortlichkeit für das Kriegsministerium, und es kann wohl nicht verlangt werden, daß ich über mein Fach hinausgehe.

Die Reichseinnahmen

sind auch im September erheblich hinter dem Ergebnis im gleichen Monat des Vorjahres zurückgeblieben. Der Gesamt-Rückgang bei den Zöllen beträgt in der ersten Hälfte des Etatsjahres 55 Millionen Mark, im Monat September allein 9,75 Millionen Mark. Auffällig ist auch der verhältnismäßig sehr starke Rückgang bei der Beschäftigtensteuer, der im September 17,4 Proz. der vorjährigen Einnahme beträgt. Offenbar ein Zeichen der wirtschaftlichen Depression. Einige der übrigen Reichseinnahmen beginnen sich wieder zu heben.

Über die Orientfragen

will Bülow dem Ausschuss des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten streng vertrauliche Mitteilungen machen.

Die Errichtung eines Reichshandelsamtes zieht man jetzt in Regierungskreisen in Erwägung. Wir halten die Errichtung eines solchen für sehr zweckmäßig, weisen aber, daß die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes notwendiger gewesen wäre.

Handel, Industrie und Steuerpläne.

Gegen die Steuerpläne im Reich und in Preußen haben die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft mit folgender Resolution Stellung genommen:

„Die Herstellung und dauernde Erhaltung des Gleichgewichts im Staats- und Reichshaushalt ist für die Macht und das Ansehen, für den Kredit und für die Entwicklung des Landes eine Notwendigkeit. Wenn alle Bevölkerungsklassen und Erwerbszweige ohne Ausnahme an der Erfüllung dieser Aufgabe mitzuwirken und dafür Opfer zu bringen verpflichtet sind, so sind sich Handel und Industrie bewußt, an diesen Opfern in hervorragendem Maße teilzunehmen zu müssen. Inwiefern in den Steuererleichterungen ungerechtfertigte Bevorzugungen und Benachteiligungen einzelner Erwerbszweige und Berufsklassen enthalten sind, wird zu prüfen sein, sobald die Entwürfe in ihrer Gesamtheit und mit allen Einzelheiten vorliegen. Schon heute aber läßt sich übersehen, daß die dem Handel und der Industrie aufzuerlegenden Lasten außerordentlich groß sind. Nachdem Deutschland überwiegend ein Handels- und Industriestaat geworden ist, hängt von der ferneren Entwicklung von Handel und Industrie zum großen Teil die Weltmachtstellung des Reiches ab. In erster Linie muß daher eine Finanzreform dafür sorgen, daß die Gesamtheit von Handel und Industrie nicht an ihren Wurzeln geschädigt und dadurch ihre Steuerkraft für die Zukunft beeinträchtigt werde. Von diesem Gesichtspunkt aus wenden wir uns schon jetzt gegen zwei Gesetzesentwürfe, gegen die Besteuerung von Gas und Elektrizität, wie sie für das Reich geplant ist, und gegen die Gesellschaftsteuer, für die in Preußen ein Gesetzesentwurf vorliegt. Kraft und Licht sind die Vorbedingungen jeder industriellen Tätigkeit. Erstere besteuern, heißt letztere in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schädigen, während es darauf ankommt, jetzt und für die Zukunft diese Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Die Gesellschaftsform andererseits ist eine der finanziellen Grundlagen unserer industriellen Bedeutung. Durch die Kapitalvereinigung werden unserem Handel und unserer Industrie die Mittel zur Verfügung gestellt, für die das Kapital der einzelnen nicht mehr ausreicht, die aber notwendig sind, um die Aufgaben von Handel und Industrie im In- und Ausland zu erfüllen. Die Ausdehnung der mehrfachen Besteuerung des in Gesellschaftsform vereinigten Kapitals ist daher nicht lediglich von dem Gesichtspunkte aus zu betrachten, inwiefern sie für den einzelnen Beteiligten noch erträglich ist, sondern auch von dem Gesichtspunkte aus, daß durch eine Einschränkung der Kapitalvereinigung die Gesamtheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich mehr Schaden erleidet, als der scheinbare Vorteil beträgt, den die Staatskasse aus einer Besteuerung, wie sie geplant wird, zu ziehen in der Lage ist.“

Die Einwendungen gegen die Gesellschaftsteuer, soweit kapitalistische Erwerbsgesellschaften davon betroffen werden, sind unseres Erachtens nicht berechtigt, weil durch die Zusammenfassung zahlreicher kleiner Einzelkapitalien in den großen Gesellschaften deren Gewinnmöglichkeiten wesentlich erhöht werden.

Motiv gegen Bethmann-Hollweg.

Bald nachdem das „liberale“ Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten war, leisteten sich die Regierungspräsidenten für Münster, Düsseldorf und Arnberg das Vergnügen, die Versprechungen des Staatsministers v. Bethmann-Hollweg über die zu erwartende loyale Handhabung des Gesetzes dadurch zu illustrieren, daß sie den polnischen gewerkschaftlichen Verbänden den Gebrauch der polnischen Sprache in den von ihnen veranstalteten Gewerkschaftsammlungen untersagten. Diese Verfügung hat jetzt die Bestätigung des preussischen Ministers des Innern erhalten. Die Versprechungen v. Bethmann-Hollwegs im Reichstag werden damit von seinem eigenen Kollegen als für Preußen nicht maßgebend einfach beiseite geschoben. In Preußen macht man das nun einmal nicht anders!

Bürgermeister und Aufsichtsratsmitglied.

Aus Mannheim wird unserm Nürnberger Parteiblatt geschrieben:

Eine Kommunalaffäre, die nicht wenig Staub aufwirbelte, ist zum vorläufigen Abschluß gekommen. Unser 1. Bürgermeister Ritter (die Stadt zählt neben dem Oberbürgermeister Martin noch drei Bürgermeister) hatte es für gut gehalten, vor einigen Wochen die Stelle eines Aufsichtsratsmitgliedes der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft (Sitz Darmstadt) anzunehmen, die eine jährliche Lantime von zirka 5000—6000 Mk. einbringt. Da die Gesellschaft Eigentümerin des Nebenbahndreiecks Mannheim-Heidelberg-Weinheim-Mannheim ist und mit der Stadt Mannheim in einem Vertragsverhältnis steht wegen der Benutzung mehrerer Kilometer stadteigenen Geländes, so wäre vorauszusetzen gewesen, daß sich aus der Zwitterstellung des Herrn Ritter als Bürgermeister (dem zudem das Ressort der Verkehrsanstalten untersteht) und Aufsichtsratsmitglied der „Süddeutschen“ eine Reihe von Kollisionen ergeben müßte in allen jenen Fällen, wo das Interesse der Stadt mit dem der Eisenbahngesellschaft in Gegenjah gerät.

Mannheim bezahlt seine ersten Beamten (die Bürgermeister beziehen 13 500—20 000 Mk. Gehalt) derart gut, daß es von ihnen den Verzicht auf jedes Einkommen aus privater Nebenstätigkeit mit Fug verlangen kann, und so machte die Nachricht von der Übernahme des erwähnten Postens durch Bürgermeister Ritter denn in der Bürgerschaft auch den denkbar peinlichsten Eindruck. Bezeichnenderweise überließ man es ganz allein der sozialdemokratischen „Bolskistimme“, vor aller Öffentlichkeit zu sagen, was hier im Interesse des kommunalen Gemeinwesens zu sagen war, und dem auf so seltsame Wege geratenen Bürgermeister — einem ehemaligen Staatsbeamten, Hauptmann der Landwehr und entragierten nationalliberalen Parteigänger mit zahlreichen Ordensauszeichnungen — klar zu machen, daß keine Befreiung an einer privaten Erwerbsgesellschaft, die mit der Stadt in so enger Interessenbeziehung steht, sich mit den Pflichten seines Amtes und namentlich mit dem Vertrauen, das dieses bei der Bevölkerung voraussetzt, nicht vereinbaren lasse. Es geschah das denn auch in so nachdrücklicher Form, daß sich nach wenigen Tagen wohl oder übel auch die bürgerliche Presse mit der Affäre befaßten mußte, und daß auch in der jetzt in Gang befindlichen Gemeindevahlbewegung der „Fall Ritter“ alsbald eine bestimmte Rolle spielte.

In der Sitzung des Stadtrates kam die Gelegenheit nun zu einem vorläufigen Abschluß, der eine glänzende Genugtuung für unser Mannheimer Parteiorgan bedeutet. Obwohl Bürgermeister Ritter sich angelegentlich bemühte, seinen Eintritt in den Aufsichtsrat der „Süddeutschen“ als vom Standpunkt der städtischen Interessen und der Pflichten seines Amtes gänzlich bedeutungslos hinzustellen, und obwohl er sich schließlich auch bereit erklärte, die Lantimen zu einem wohlthätigen kommunalen Zwecke zur Verfügung zu stellen, erklärte der in seiner überwiegenden Mehrheit aus politischen Gesinnungsgenossen Ritters zusammengesetzte Stadtrat doch einstimmig, daß er die Übernahme der Aufsichtsratsstelle durch Ritter nicht billige und in der Zukunft Sorge dafür tragen werde, daß in den Anstellungsverträgen der städtischen Beamten eine Klausel eingefügt werde, die der Wiederholung eines ähnlichen Falles vorbeuge. Bürgermeister Ritter hatte in der Sitzung schon vorher erklärt, daß er sich dem Wunsche des Stadtrates füge werde.

Die ganze Affäre bildet einen neuen Beleg dafür, wie haltlos das fortwährende Geschwätz unserer Gegner von der „sozialdemokratischen Miswirtschaft in den Gemeinden“ ist, und wie sehr gerade die Herrschaften von der „Ordnung“ Anlaß haben, diese „Ordnung“ im eigenen Hause gegen gemeinschaftliche Strebungen ihrer Gesinnungsgenossen zu schützen.

Das sozialpolitische Programm der „Post“.

Die von den Scharmachern ausgehaltene „Post“ ist eifrig bestrebt, sich die Zufriedenheit ihrer Geldgeber zu verschaffen. Das Blatt behandelt die Sozialpolitik im Reichstag und verlangt, daß die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen unter allen Umständen beseitigt wird. Stimmen sich hier die Arbeitgeber gegen eine Beibehaltung der jetzigen Bestimmungen, so tun sie das aus nationalen Gesichtspunkten und im eigenen Interesse der Arbeiter. Der sozialdemokratische Bann, der zurzeit zum Schaden der Arbeiter über den Krankenkassen liegt, muß gebrochen werden. Dann verlangt das Blatt eine Änderung des Koalitionsrechtes und fixiert dabei seine Ansichten wie folgt: Die Koalitionsfreiheit muß eine Schranke haben, einmal durch den freien Arbeitsvertrag und dann durch die Erfordernisse der öffentlichen Ordnung. Dem Arbeitgeber muß das Recht zugestanden werden, nur mit solchen Angestellten zu arbeiten, denen er Vertrauen entgegenbringt. Ist der Arbeitgeber der Überzeugung, daß diese oder jene Angestellten-Organisation unternehmerfeindliche Ziele hat, so kann ihm kein Mensch zumuten, Mitglieder dieser Organisation anzustellen und zu beschäftigen. Ein Recht auf Arbeit in dem Sinne, daß der Arbeitgeber jeden Angestellten, der bei ihm vorpricht, im Bedarfsfalle einstellen müsse, gibt es nicht. Es muß ferner in das Belieben jedes einzelnen gestellt werden, ob er sich koalieren will oder nicht. Er muß geschützt sein gegen jeden Zwang, der von dritter Seite in dieser Richtung auf ihn einwirken will. Die durch die öffentliche Ordnung bedingte Begrenzung der Koalitionsfreiheit ist heute mit der nötigen Gründlichkeit noch nicht gezogen worden. Bedauerlicherweise sind feinerzeit vom Reichstag mit dem Zuschlaggesetz auch alle diejenigen Bestimmungen gefallen, welche dem Schutze der öffentlichen Ordnung bei Streiks und Aussperrungen hätten dienen sollen und können.

In dieser Weise wütet die „Post“ nahezu durch zwei Spalten hindurch gegen die Koalitionsfreiheit. Man wird auch erwarten dürfen, daß die Hintermänner der „Post“, soweit sie im Reichstag sitzen, alles aufbieten werden, um die angeblich schutzlosen Arbeitswilligen mit einem kräftigeren Schutze zu versehen. Ob ihnen das gelingt, das erscheint selbst bei dem Blockreichstag denn doch noch einigermaßen fraglich.

Aus Deutsch-Ostafrika.

Wenn aus einem der deutschen Schutzgebiete etwas berichtet wird, so ist es eine Hiobsbotschaft. Nun wird der „Nationallib. Korrespond.“ aus Dar-es-Salaam telegraphiert:

„Hier herrscht seit Oktober die Pest. Sanitätsbehörde arbeitet intensiv. Bezirksamtmann verbot Feiern des Ramadan, was auf Verlastung des Gouverneurs entgegen der Ansicht des Medizinalreferenten rückgängig gemacht wurde. Europäische Bevölkerung entzittert.“

Die Pest ist natürlich für die Kolonialbureaucraten eine untergeordnete Erscheinung gegenüber der ungeheuer wichtigen Frage der Kompetenz. Offenbar haben die Sanitätsbehörde und der Bezirksamtmann, als die ersten Bestfälle sich zeigten, eigenmächtig Vorsichtsmaßregeln getroffen, ohne erst nach vorgeschriebenem Schema und auf vorgeschriebenem Wege der vorgelegten Behörde Bericht zu erstatten. Deswegen müssen ihre Anordnungen aufgehoben werden, mag auch die Pest bis zur Erledigung der Formalitäten ungezählte Opfer fordern.

Schweiz.

In der Stichwahl zum Nationalrat wurde Genosse Brücklein in Basel mit 7837 Stimmen gewählt.

Amerika.

Die Präsidentenwahl, sowie die Wahlen zum nationalen Repräsentantenhaus finden heute statt. Hoffentlich schneidet unsre Partei hierbei gut ab.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Diebstahl, den 3. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Affordarbeit ist über die Affordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grünmühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhört ist seitens der Zahlstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Affordarbeit ist über die Affordanten (Zwischenmeister) Wädel, Fadenburger Allee Nr. 51, Fabz, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—23, Grünmühle in der Hasenstraße, Siebaw Markt, Rattenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Siebawarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und

Besonders preiswerte Angebote!

=== Bewährte Qualitäten! ===

Bettbezüge

Ein Posten	Weisse Bettbezüge gestreift Satin, volle Bettbreite Stück	250 Mk.
Ein Posten	Weisse Bettbezüge glatt Wäschetuch, volle Bettbreite Stück	300 Mk.
Ein Posten	Weisse Bettbezüge prima gestreift Satin, volle Bettbreite Stück	395 Mk.
Ein Posten	Weisse Bettbezüge Damast, moderne Muster, volle Bettbreite Stück	425 Mk.
Ein Posten	Farbige Bettbezüge kariert und geblümt, volle Bettbreite Stück	210 Mk.
Ein Posten	Farbige Bettbezüge kariert, prima Qualität, volle Bettbreite Stück	325 Mk.
Ein Posten	Farbige Bettbezüge kariert, prima Qualität, volle Bettbreite Stück	420 Mk.
Ein Posten	Farbige Bettbezüge geblümt Satin, prima Qualität, volle Bettbreite Stück	400 Mk.

Betttücher

Ein Posten	Halbleinen-Betttücher Bettbreite 130x230 cm Stück	160 Mk.
Ein Posten	Halbleinen-Betttücher vorzügliche Qualität, 140x225 cm Stück	235 Mk.
Ein Posten	Halbleinen-Betttücher prima Qualität, 140x230 cm Stück	265 Mk.
Ein Posten	Halbleinen-Betttücher la. la. Qualität, 140x250 cm Stück	300 Mk.

Kissenbezüge

Ein Posten	Weisse Kissenbezüge aus gutem Wäschetuch mit Languette, ausgenäht . . . Stück	98 Pfg.
Ein Posten	Weisse Kissenbezüge aus gutem Wäschetuch mit Rosenlanguette, mercerisiert Stück	135 Mk.
Ein Posten	Weisse Kissenbezüge mit Zwirneinsatz und Säumchen Stück	100 Mk.
Ein Posten	Weisse Kissenbezüge mit Stickereieinsatz und Säumchen Stück	125 Mk.
Ein Posten	Farbige Kissenbezüge kariert in vielen Mustern Stück	60 Pfg.
Ein Posten	Farbige Kissenbezüge geblümt, helle Muster Stück	68 Pfg.

Bettdecken

Ein Posten	Weisse Waffel-Bettdecken mit Franse Stück	175 Mk.
Ein Posten	Weisse Waffel-Bettdecken mit Franse Stück	220 Mk.
Ein Posten	Weisse Piqué-Bettdecken mit Languette ausgebogen Stück	275 Mk.
Ein Posten	Weisse Waffel-Bettdecken vorzügliche Qualität mit Franse Stück	300 Mk.
Ein Posten	Farbige Waffel-Bettdecken mit Franse Stück	225 Mk.
Ein Posten	Farbige Waffel-Bettdecken prima Qualität mit Franse Stück	325 Mk.

Grosse Posten Hauskleiderstoffe

Ein Posten	Hauskleiderstoffe doppeltbreit, kariert pro Meter	45 Pfg.
Ein Posten	Kleider-Gingham in schönen Mustern pro Meter	65 Pfg.
Ein Posten	Kleider-Gingham pa. Qualität, doppeltbreit in vielen Mustern . . . pro Meter	80 Pfg.
Ein Posten	Servierkleider-Stoffe Oxford, gute Qualitäten in schönen Mustern . . pro Meter	68 Pfg.
Ein Posten	Blusen-Flanelle Woll-Imitation, neue Muster, Streifen und Karos pro Meter	65 Pfg.
Ein Posten	Sammet-Velour für Morgenkleider, viele Muster pro Meter	40 Pfg.

Ein Posten	Prima Sammet-Velour für Hauskleider pro Meter	55 Pfg.
Ein Posten	Prima Sammet-Velour für Blusen und Hauskleider pro Meter	75 Pfg.
Ein Posten	Schürzenzeuge 120 cm breit, waschecht pro Meter	58 Pfg.
Ein Posten	Hauskleiderstoffe Wollersatz, dunkelfarbig pro Meter	65 Pfg.
Ein Posten	Hauskleiderstoffe Wert 1.50 Mk. pro Meter	95 Pfg.
Ein Posten	Hauskleiderstoffe Wert 1.80 Mk. pro Meter	120 Mk.

Ein Posten
Blusen-Flanelle pro Meter **85** Pfg.

Ein Posten
Reinwoll. Cheviots 108 cm breit pro Meter **95** Pfg.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Der Polizeistaat.

Unser Frankfurter Paralellist schreibt: Im Verlage von Albert Langen in München ist ein Buch erschienen, „Tagebuch einer anständigen Frau“, das die Hülle reißt vom preußischen Polizeistaat und was daran hängt. Die bürgerliche Gesellschaft, die auch die Liebe, wie alle frommen Gefühle, in Tauschwert auflöst, hat ehemals die Verfasserin, Frau Hedwig Hard, durch den Druck sozialer Verhältnisse auf die Bahn jener Mädchen getrieben, die den Charakter dieser Gesellschaft mit Schärfe dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie ihren Leib als Ware auf den Markt bringen müssen, und die dieselbe Gesellschaft, die an dem Schicksal dieser Unglücklichen ihr gerüttelt Maß Schuld trägt, mit dem Brandmal der Ausgestoßenen verfeilt. Was so wenig gelingt, ist Hedwig Hard gelungen, sich durch eigene Kraft und durch die Hilfe eines großherzigen Mannes aus der halben Welt in jene Welt emporzuarbeiten, die man die anständigen zu nennen pflegt, und wie ein Aufatmen und ein Abrechnen mit der eigenen Vergangenheit war es, als sie, schriftstellerisch begabt, zur Feder griff, um in der „Beichte einer Gefallenen“ vor zwei Jahren in die dunkelsten Winkel der sich vor Selbstgefälligkeit blühenden kapitalistischen Gesellschaft hineinzuleuchten. Das Buch wirkte erschütternd, aber noch erschütternder ist ihr „Tagebuch einer anständigen Frau“, denn bei seiner Lektüre glaubt man sich in die mittelalterlichen Zeiten zurückversetzt, da Gesetz und Recht und öffentliche Moral niemanden auf die Pfabe der Tugendrechen zurückließ, der einmal die bunte Tracht der Frauenhäuser getragen, während man von unserer Zeit mit ihren „Vereinen zur Rettung gefallener Mädchen“, ihren Säuglingsheimen, ihren Abolitionistenkongressen annehmen sollte, sie empfände mehr Freude über eine „Sünderin“, die Umkehr gehalten, als über neunundneunzig Gerechte. Das „Tagebuch einer anständigen Frau“ belehrt uns eines Besseren oder vielmehr eines Schlechteren. Man mag sichtlich daran zweifeln, ob es geraten war, der Darstellung einen belletristischen Rahmen zu geben, denn die Tatsachen, die das Buch schildert, wirken durch ihre brutale Wahrheit selbst am sinnfälligsten. Diese Tatsachen sollen hier folgen: Als der Mann, der Hedwig Hard die rettende Hand hingestreckt, sie in aller Form Rechtsens zu seiner Frau gemacht, stellten sie beide in eine andere, in eine südwestdeutsche Großstadt über, wo er sich als kaufmännischer Vertreter großer Firmen eine finanzielle Lebensbasis zu schaffen suchte und weiß, und sie, von ihren literarischen Neigungen etwa abgesehen, eine Hausfrau ist, wie alle anderen auch. Aber eines Tages erfährt der Hauswirt, ein städtischer Beamter, zufällig von ihrer früheren Tätigkeit, und da er sie als Freiwild betrachtet, aber derbe Abweisung erfährt, eröffnet er einen Nachsehzug, so niederträchtig, daß er der Phantasie eines Kollportage-romanschreibers entspringen zu sein scheint. Er baut darauf, daß in einem anderen Sinne auch für die Polizei Prostituierte nur Freiwild sind — warum sollte das für eine ehemalige Prostituierte nicht ebenso gut gelten? So weiß er auf dem Polizeirevier des Stadtbezirks den Verdacht zu erwecken, daß Hedwig Hard ihr früheres Gewerbe fortsetze, und zwar unter Duldung und Billigung ihres Gatten! Ein alter Herr besucht in geschäftlichen Dingen den Gatten Hedwigs — eine Viertelstunde später erscheinen, vom Hauswirt gerufen, zwei Polizeibeamte und durchsuchen die Wohnung. Aber das ist nur der Anfang. Zur „Überwachung“ seiner

Mieter setzt ihnen der Hauswirt einen Privatdetektiv in die Wohnung, der als Mieter eines möblierten Zimmers bei ihnen Eingang findet und seine Spitzdienste verrichtet. Gegen den Hauswirt ist nämlich wegen der Zitierung der Schulkleute die Beleidigungsklage eingeleitet worden — nun soll dieser Privatspitzel Material zugunsten des Beklagten beschaffen. Das wird in einer raffinierten Weise besorgt. Unter nichtssagenden Vorwänden fragen Herren nach Müller oder Meier, damit der Detektiv nachher beschwören kann, an der Türe der Gehegen hätten Herren geklingelt. Einmal erscheint ein Herr und wünscht Frau Hard zu sprechen. Am Bahnhof ist ihm von einer Frauensperson ein Zettel in die Hand gesteckt worden mit ihrem Namen, ihrer Wohnung und sogar nachgeahmt in ihrer Handschrift. Ähnliche Vorfälle häufen sich, sodaß der Gatte vor dem Antritt einer Geschäftsreise auf dem Polizeirevier um Schutz gegen Nachstellungen dieser Art ersucht. Statt dessen wird der maßlos Bestürzte auf dem Revier hingehalten und dann Knall und Fall verhaftet. Gefesselt wird er — nicht um einen Proletarier oder Sozialdemokraten handelt es sich, sondern um einen in guten Verhältnissen lebenden Staatsbürger von tadelloser Vergangenheit, auf dessen Leben nicht das geringste Fleckchen ist! — dem Untersuchungsrichter vorgeführt, an einen verkommenen Stromer mit der Kette angeschlossen, abends steckt man ihn in die Gefängnis kleidung, aber furchtbarer schmettert ihn noch die Anklage nieder, die er mit einem Erstaunen und einer Entrüstung sondergleichen vernimmt: Ruppel und Zuhälterei begangen zu haben an seiner eigenen Frau! Daß die Anklage vollkommen haltlos in der Luft schwebt, davon überzeugt man sich erst nachträglich, nachdem man einem unschuldbigen Manne und einer unschuldbigen Frau die tiefste Schmach angetan, die im bürgerlichen Leben möglich. Jetzt erst vernimmt man Zeugen, Geschäftsleute aus der Nachbarschaft, Dienstmädchen, und keiner weiß etwas anzuführen, was auch nur mit einem Hauch die Ehre der Ungeschuldbigten trüben könnte. Auf Antrag des Rechtsanwalts und wohl mit unter dem Druck dieser Zeugenaussagen wird der Verhaftete am dritten Tage freigelassen, aber noch geht das Verfahren weiter, folgen Vernehmungen einander, bis ein Schreiben des Landgerichts den Mann völlig außer Verfolgung setzt. Aber niemand erfolgte ein Wort der Entschuldigung, nirgend eine Sitze des Bedauerns, daß die Polizei sich unbewußt, aber nicht ohne Schuld zum Handlanger eines schabigen Subjekts von rachsüchtigem Denunzianten gemacht hat! Wozu auch? Wir leben ja in Preußen, und in Preußen ist der Staatsbürger der Polizei wegen und nicht, wie in Kulturstaaten, die Polizei der Staatsbürger wegen da. Warum wir diesen Fall hier ausführlich wiedergeben? Weil wir mit Laffalle auf dem Standpunkt stehen, daß soziale Unterdrückung schon dort vorliegt, wo das Recht eines einzelnen Menschen unterdrückt wird, dann aber, weil die Polizeipraktiken dieses Falles aus den Bezirken des Individuellen in das Reich des Typischen hinauswachsen. Und warum wir diesen Fall im Lokalteil wiedergeben? Weil der Ort der Handlung Frankfurt a. M. ist, weil die letzte Verantwortung für diese Dinge in den Händen der Frankfurter Polizeibehörde liegt und weil es unter den Frankfurter Polizeibehörden einige gibt, denen beim Lesen dieser Zeilen die brennende Röte der Scham ins Antlitz steigen müßte!

Soziales und Parteileben.

Systematische Auszuhungierung misliebiger Arbeiter.

Das Fleckengerichtsurteil, daß Arbeiter Schadenersatzanspruch haben, wenn sie von den Unternehmern auf schwarze Listen gesetzt werden, hat die Unternehmer nicht abgehalten, die Auszuhungierung der Arbeiter mit den Verfeinerungslisten weiter zu treiben. Einen sehr lehrreichen Beitrag dazu liefert ein Vorgang in Hof in Bayern. Die Hoser Textilfabrikanten tauschten die schwarzen Listen regelmäßig unter sich aus. Ein tätiges Mitglied des Textilarbeiterverbandes wurde Ende Juli von der Firma Köhler (Inhaber: Geier) grundlos entlassen; wenigstens war für die Entlassung kein ersichtlicher Grund vorhanden. Bei der einen Firma, wo der Entlassene danach eingestellt wurde, entließ man ihn im selben Augenblick, als man seinen Namen auf der schwarzen Liste fand. Der Portier sagte ihm, daß es dem Direktor leid täte, aber die Firma Köhler habe ihn (den Verfeimten) gemeldet. Am 11. August fand der Verfeimte bei einer anderen Firma Arbeit. Er ging mittags um 2 Uhr zu arbeiten an, um 5 Uhr war er mit 2 Mk. Entschädigung schon wieder auf der Straße. Für den Auszuhungierenden hatte es zur Folge, daß er sechs Wochen arbeitslos war. Zwei andere Kollegen, die zweifellos auch auf der schwarzen Liste stehen, sind schon 26 Wochen arbeitslos und kommen nirgends unter, obwohl die Firmen Arbeiter einstellen, die nach den Betreffenden nach Arbeit anfragen. Der Verfeimte ließ durch den Arbeitersekretär Mäser in Hof eine Entschädigungsklage gegen die Firma Köhler einreichen.

„Mein Durchschnittsverdienst — so sagte der Genosse — hatte pro Woche 20 Mark betragen, somit war ich um sechsmal 20 Mark geschädigt, mußte auch Hof verlassen, um überhaupt Arbeit zu erhalten. Diese mir zugefügte Schädigung ist ein schwerer moralischer, aber auch rechtlicher Verstoß gegen die guten Sitten und rechtfertigt eine Forderung auf Schadenersatz gemäß §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Mein Antrag geht nun dahin: 1. Amtsgerecht wolle erkennen: 1. Beklagter ist schuldig, an mich den Betrag von 120 Mk. Schadenersatz zu zahlen; 2. die Kosten des Rechtsstreites zu tragen; 3. das Urteil wird für vorläufig vollstreckbar erklärt. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites lade ich Beklagten vor das Prozessgericht zu einem von diesem zu bestimmenden Termin.“ Christian Schmidt.

Dieser Tage sollte Verhandlung sein. Nach Aufruf der Sache erklärte Herr Rechtsanwalt Fuß als Vertreter des Beklagten: „Ohne die Berechtigung der Klage und die Verpflichtung zum Bezahlen anzuerkennen, unterwerfe ich Herr Geier dem Klageanspruch und zahle die 120 Mark!“ Worauf der Arbeitersekretär die Klage zurückzog. Hiermit ist der Beweis geliefert, daß, woran wir allerdings von Anfang an nicht zweifelten, auch in den Betrieben der Textilindustrie schwarze Listen geführt werden, daß damit das Bestreben der Organisation, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit zu erlangen, in der heimtücklichsten Weise bekämpft wird! Darauf, Textilarbeiter, überhaupt Arbeiter aller Berufe, kann es nur eine Antwort geben: Stehn in die Organisation!

Die Massenarbeitsperrung in der finnischen Metallindustrie.

Die sich auf die Arbeiter der meisten und größten Fabriken erstreckte und seit dem 1. Oktober dauerte, ist Mitte voriger Woche beendet worden, nachdem sowohl die Arbeiter wie die Unternehmer einem Vermittlungsvorschlag zustimmten, den der Chef des Handelsdepartements des finnischen Senats gemacht hatte. Dieser Kampf, der größte, den die noch ziemlich junge finnische Gewerkschaftsbewegung bisher zu bestehen hatte, hat also mit einem Vergleich geendet.

Neues Arbeitersekretariat.

Mit dem 1. November wird in Göttingen a. N. das zweite Arbeitersekretariat Württembergs seiner Bestimmung übergeben. Als Sekretär wurde der Landtagsabgeordnete Genosse Keunigott-Göttingen gewählt.

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(6. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Die Antwort, die Richard Claasen seiner Verlobten durch deren Vater überbringen ließ, lautete: „Seitdem ich Deine Zellen in meinen Händen halte, ist mir zu Mute, als hätte Gott mir einen Boten des Strofes geschickt. Ich danke Dir für den Glauben an mich. Seitdem ich weiß, daß Du mich nicht verlassen gibst, habe ich mich wiedergefunden. Es bedarf wohl meiner Versicherung nicht mehr, daß ich unschuldig bin an dem Morde, dessen man mich verdächtigt. Du — Du willst Schritte tun für meine Befreiung? Elisabeth, ich habe die Zellen geküßt, die mir das verurteilten. Erzähle Deinem Vater, was Du willst, von mir. Auch er mag über meine Vergangenheit erfahren, was Du weißt. Ich sprach bei der Voruntersuchung nicht davon, weil ich wußte oder doch fürchten mußte, daß vieles falsch gedeutet und zu meiner Ungunsten ausgelegt werden könnte; ich hatte ja keinen Freund, der für mich sprach, nur feindliche Besinnung drehte mir aus jeder Tatsache einen verderblichen Strick. Wenn Dein Vater aus Deinem Munde das Schicksal meines Lebens erfährt, soweit Du es kennst, dann wird es wohl sein, als ob ein guter Engel für mich redete.“

„Geb' wohl und nimm meinen tiefsten Dank für alle deine Liebe. Dein Richard.“

Elisabeth war allein in ihrem Zimmer, als sie mit tränennassen Augen diesen Brief las. „Ich wußte es ja — du bist unschuldig.“ flüsterte sie und drückte den traurigen Brief mit Zärtlichkeit an ihre Lippen. Dann faltete sie ihn zusammen und steckte ihn zu sich. Mit entschlossenem Ausdruck trocknete sie ihre Tränen. Nun galt es, zu handeln! Nur kein weichliches Sehen und Grümen mehr! Sie mußte, sie wollte ihn retten. Wie? Das würde viel Besonnenheit und Nachdenken kosten. Zuerst wollte sie ihrem Vater erzählen, was sie über Richards Schicksal wußte, und zu begründen suchen, weshalb er geschwiegen hatte. Nur eine günstige Stunde mußte sie dazu abwarten.

Fünftes Kapitel.

Der Gedanke, mit allen Kräften danach zu streben, ihres Verlobten Schuldlosigkeit nachzuweisen, erfüllte Elisabeth ganz. Freilich empfand sie zugleich schmerzhaft die Unmöglich-

keit eines jungen Mädchens solch' schwieriger Aufgabe gegenüber. Wer aber konnte ihr helfen? Sie fragte sich wieder und wieder, ohne eine Antwort zu finden. Der Gedanke an einen Rechtsbeistand lag am nächsten, aber eine unbestimmte Empfindung hielt sie vorläufig noch davon zurück, diesen Bundesgenossen zu werben. Sie selbst war ganz Gefühl, und so liebte sie die kühle Verstandesarbeit des Juristen nicht. Einen solchen konnte sie noch immer aussuchen, wenn es durchaus nötig war; zunächst forschte sie nach anderer Hilfe.

Blötzlich, in schlafloser Nacht, kam ihr der Gedanke an Meta Penzen. Eine eigentliche Hilfe konnte ihr dies Mädchen vermutlich nicht sein, aber vielleicht konnte sie doch allerlei von ihr erfahren, was ihr dienlich war. Meta wohnte in dem Hause, in dem das Verbrechen geschehen war, sie hatte Claasen als Modell gedient, zudem war sie Elisabeth treu ergeben: diese hatte ihr einmal vor Jahren tatkräftig beigehtanden, als ihr Vater, der alte Penzen, durch Krankheit in Not geraten war. Elisabeth, die sich viel in der Armenpflege beschäftigte und Mitglied einiger Wohltätigkeitsvereine war, hatte es auch bewirkt, daß Penzen mit seiner Tochter damals die nette Mansardenwohnung im Hause der Frau Freitag erlangte; die Luft in der Kellerrwohnung, wo sie bis dahin hausten, hatte dem Alten ein schleichendes Fieber gebracht, das ihn monatelang zu jeder Arbeit unfähig machte. Seit dieser Verbesserung ihrer Lage betrachtete Meta die junge Dame als eine Art höheres Wesen. Elisabeth war die einzige, die auf ihren zugellosen Charakter einen beruhigenden Einfluß ausübte.

Noch an demselben Morgen, als ihr Entschluß gereift war, begab sich Fräulein Seydel in die Mansardenwohnung Penzens. Der Alte war nicht anwesend, was Elisabeth lieb war. Meta öffnete ihr die Tür und begrüßte sie mit krankhafter Erregtheit.

„Wie gut von Ihnen, daß Sie kommen, wie gut!“ rief sie ihr entgegen. Dabei sah Elisabeth kopfschüttelnd in ihr auffallend bleiches Gesicht, in dem die schwarzen Augen unruhig flackerten.

Als Elisabeth in dem Wohnstübchen ihr gegenüber saß, sagte sie, indem sie Meta mit dem ihr eigenen, ruhig forschenden Blick betrachtete: „Das erschütternde Ereignis, das hier im Hause geschehen ist, hat Sie angegriffen, Meta; Sie sehen elend aus!“

„Es ist entsetzlich — entsetzlich!“ rief das Mädchen mit fliegendem Atem; „und wissen Sie schon, Fräulein Seydel, daß Herr Claasen der Täter sein soll?“

Ein schneidendes Wehgefühl durchzuckte Elisabeths Herz. Meta hatte ja keine Ahnung, wie furchtbar ihre Worte auf Elisabeth wirken mußten.

„Er ist es nicht,“ sagte sie fest; „ich bin überzeugt von seiner Unschuld.“

„Er — nicht der Mörder?“ fuhr Meta dazwischen mit steigender Erregung und funkelnden Blicken; „o, Fräulein Seydel, wenn Sie wüßten, was ich erfahren habe, als fast täglich die arme Schauspielerin zu ihm kam! Gott weiß, warum sie noch ein paar Tage vor dem Morde eine so schreckliche Szene mit einander hatten!“

„Was für eine Szene?“ fragte Elisabeth rasch.

„Ich habe dem Untersuchungsrichter schon davon gesagt. Sie sprachen so lebhaft, so heftig — die Schauspielerin weinte.“

„Was sagten sie? Woher wissen Sie das alles?“

„Ich belauschte sie zufällig, ohne Absicht, das können Sie mir glauben, Fräulein Seydel. Genau habe ich nicht verstanden, was sie sprachen, aber ich hatte den Eindruck —“

„Ein Eindruck ist kein Beweis. Sie können sich irren.“

„Aber er liebte sie doch; er hat sie ja auch gemalt.“

„Er liebte sie nicht“, versicherte Elisabeth mit so festem Ton, daß Meta erstaunt zu ihr hinblickte. „Ein tiefes Geheimnis muß diesen seltsamen Vorfällen zugrunde liegen. Wenn Richard Claasen Maria Goladita liebte, weshalb sollte er dann eine heftige Szene mit ihr gehabt haben, warum sie ermordet haben? Das sind ja alles Widersprüche!“

„Eifersucht vielleicht — Glauben Sie nicht, Fräulein Seydel, daß Eifersucht zum Wahnsinn treiben kann?“ Sie lachte schrill auf.

Elisabeth legte ihre Hand beschwichtigend auf die des leidenschaftlichen Mädchens.

„Nicht so ungestüm, Kind,“ sagte sie. „Nur Vorlicht und Besonnenheit können uns auf die richtige Spur führen. Wollen Sie mich einmal ruhig anhören? Sie haben mir ein wenig Zuneigung geschenkt, nicht wahr?“

„Viel — viel,“ versicherte Meta lebhaft.

„Und wollen Sie mir das erstmal einen Beweis dafür geben?“

„Alles will ich für Sie tun, was ich kann,“ versprach Meta.

Elisabeth rang eine Weile mit sich. Was sie jetzt aussprechen wollte, kostete sie einen schweren Entschluß. Wie ein heiliges Geheimnis hatte sie bis jetzt ihre Liebe zu Richard in der Tiefe ihrer Seele bewahrt. Nun

Erklärung:

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, dass die von Herrn Direktor Johannes Surmann, dem Leiter der Kaffee-Handels-Aktien-Gesellschaft in Bremen, gegen uns veröffentlichte Broschüre von der kgl. Staatsanwaltschaft in Berlin beschlagnahmt worden ist.

Jeder, der diese Broschüre verbreitet oder zu ihrer Verbreitung beiträgt, macht sich strafbar.

Wegen des Inhalts der Broschüre sind sowohl von uns als auch von Herrn Kommerzienrat Aust persönlich strafgerichtliche Schritte eingeleitet.

München-Berlin, im November 1908.

Kathreiners Malzkaffee-Fabriken

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Sanitätsverband der freien Hilfskassen Lübecks.

Bei der am 2. November ds. Js. stattgefundenen **Tombola** sind nachstehende Lotnummern mit Gewinnen gezogen:

2	12	57	59	84	96	17
198	226	237	257	261	274	38
455	460	478	485	497	498	50
508	517	557	564	573	583	59
698	711	715	752	764	766	77
774	775	793	800	825	899	91
946	960	977	994	1035	1039	104
1053	1068	1072	1079	1121	1129	115
1162	1170	1183	1223	1248	1340	144
1455	1510	1578	1585	1595	1606	160
1617	1618	1712	1743	1745	1747	175
1810	1818	1819	1829	1841	1883	189
1893	1899	1900	1905	1947	1960	200
2019	2020	2032	2040	2061	2101	212
2151	2153	2172	2174	2175	2187	226
2282	2287	2295	2313	2325	2411	242
2440	2490	2529	2538	2588	2589	260
2617	2630	2644	2668	2705	2742	277
2835	2855	2867	2908	2912	2927	295
2966	3037	3098	3099	3123	3144	315
3162	3182	3193	3210	3239	3240	326
3277	3285	3302	3325	3342	3360	336
3418	3420	3443	3453	3470	3480	348
3515	3525	3544	3561	3570	3589	362
3653	3699	3700	3705	3714	3756	380
3885	3895	3912	3919	3932	3971	402
4024	4048	4134	4140	4168	4195	423
4263	4348	4356	4377	4396	4397	4418
4452	4453	4474	4531	4539	4588	4607
4625	4642	4669	4690	4731	4744	4770
4772	4870	4878	4904	4939	4981	5050
5076	5094	5135	5161	5203	5207	5228
5241	5313	5315	5341	5359	5364	5365
5395	5455	5552	5585	5598	5610	5641
5658	5701	5733	5767	5775	5798	5810
5832	5849	5862	5867	5935		

Die Gewinne werden verabfolgt am Dienstag, den 3. November, nachmittags von 5 bis 8 Uhr u. Mittwoch, den 4. November, von morgens 10 Uhr bis abends 8 Uhr im „Bereinshaus“ Johannisstr. 50-52, Zimmer Nr. 4. Gewinne, welche bis zum 26. Novbr. 1908 nicht abgeholt sind, verfallen dem Invalidenfonds.

Der Vorstand.

Verband der Maler.

Filiale Lübeck.

Versammlung

am Donnerstag, den 5. Nov.

abends 8 1/2 Uhr präzis im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung:

1. Kartellbericht.
2. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung.
3. Besprechung des Normaltarifvertrages Erscheinen der Kollegen dringend notwendig.

Universum

Mittwoch, den 3. November

Benefiz-Vorstellung für Carl Stoll.

Donnerstag: Komödien-Abend.

Freitagen gültig. L. Puls.

Hansa-Theater

Theater Variété 1. Ranges.

* Sidi Nirvana *
mit dem Wunderpferd „Rocky“
* Kunst und Leben. *

Grevys Pantomime:

„Ein verhängnisvoller Morgen“
und das neue Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadthallen-Theater.

Freitag, 6. November, 7 1/2 Uhr:
Nochmalige Aufführung!

Die Rabensteinerin.

Schauspiel von G. von Wildenbruch.
Der Vorverkauf beginnt am Mittwoch an der Theaterkasse des Stadthallen-Theaters von 11-1 Uhr vorm., sowie an den bekannten Stellen: Nagel, Markt 14, u. Roß, Mühlenstraße 19.

Neues Stadt-Theater

Mittwoch 8 Uhr: Mittel-Preise!

Voll-Abonnement 33. Mittwoch-Abonnement 5.
Zum 1. Male! Novität!

Ueber den Waffern. Drama von Engel.
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Große Preise!
Voll-Abonnement 34. Donnerstag-Abonn. 6.
Martha. Oper von Fr. von Flotow.

Achtung! Zentralob. d. Maurer. Mitglieder- Versammlung

am Mittwoch, den 4. Nov.

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Gaukonferenz.
 2. Kartellbericht.
 3. Das Begräbniswesen.
 4. Das diesjährige Weihnachtsfest.
 5. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband

Versammlung

der weislichen Mitglieder

am Mittwoch, den 4. Nov.,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung des Vortrages.
Referent: Kollege Diez.
 2. Verschiedenes.
- Zu zahlreichem Besuch der Versammlung
ladet ein
Die Vertrauensperson.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 4. November,

abends 8 Uhr.

in der „Stadthalle“: 6. Volkstüml. Konzert.

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Opera- und Operetten-Abend.

Zur Aufführung kommen u. a.:

Einzug der Gäste auf die Wartburg

aus „Tannhäuser“ R. Wagner.

Phantasie aus „Hänsel und Gretel“

E. Humperdinck.

Overture zu „Orpheus in der Unterwelt“

J. Offenbach.

Polpourri aus „Zigeunerbaron“

J. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Der technische Fachschulunter-

richtet ist bis ins kleinste nachgeahmt in den techn. Selbstunterrichtswerken:

Maschinenbauschule, Hoch- u. Tiefbauschule, Bergschule, Elektrotechnische Schule, Schlosserschule, Tischlerschule, Installateurschule, Stukkateurschule, Steinmetzschule, Polierschule, Eisenbahnwerkmeisterschule, Gießereitechnikerschule. Glänz. Erfolge. Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwilligst. Kleine Teilzahlungen.

Bonnass & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

Halte meine
Kolonial- u. Fettwaren, Brot aus der Lüb. Genossensch.-Bäckerei
Flaschenbier und Brennmaterialien bestens empfohlen.

Spezialität: ff. Salzgurken und Konserven.

August Dibbert, 20 Tünkenhagen 20.

Rote Lubecamarken.

St. Lorenz-Beerdigungsinstitut Georg Behnck

4 Warendorferstraße 4

Sarg-Magazin, Wäsche, Grabstöcke, Kränze.

Verschieden u. Auspielen von fetten Gänsen, Karpfen etc.

heute Dienstag, den 3. November 1908.

Anfang 10 Uhr morgens. Hierzu ladet freundlichst ein

Karl Ritzau, Kupferschmiedestraße 11.

Heute Dienstag, den 3. November 1908: Großes Auspielen

von fetten Gänsen, Karpfen etc.
auf einem Ziehbillard

Anfang morgens 10 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein

August Busch, Hafenstraße 52.